

POSTEINGANG

Zur Kolumne „Zurück zur Wirklichkeit“ von Thomas Fricke, FTD vom 16. September

Zum Bericht „Friedrich Merz will mitregieren“, FTD vom 15. September

Aufschwung kann kommen Die Deutschen haben kaum Vertrauen in die Politik, und der Blick in die Zukunft stimmt sie wenig optimistisch, so das Resümee der Kolumne. Diesen Befund allein auf den – wahrlich sehr kurzen – Wahlkampf zurückzuführen, greift zu kurz. Das Problem der letzten drei Jahre war, dass Deutschland auf der Stelle trat. Rot-Grün hat es nicht geschafft, dass der Funke Optimismus überspringt, der nötig ist, um Vertrauen zu schaffen und mehr Wachstum zu erzielen. In diesem Punkt gebe ich dem Autor Recht: Die künftige Regierung muss sehr schnell deutlich machen, dass das Land für den Aufschwung gar nicht so schlecht aufgestellt ist. Patrick Dürrwald, Magdeburg

Psychologie entscheidend Der plötzlich zurückgekehrte Ehrgeiz von Friedrich Merz kommt für einen selbst ernannten jungen Wilden gar nicht so überraschend. Ob der Finanzexperte aber der zement-konservativen Bundesrepublik weiterhelfen kann, darf bezweifelt werden. Im Zeitalter der Globalisierung gibt es für schwierige Probleme keine einfachen Lösungen mehr. Menschen sind keine Nummern, die man in mathematische Rechenmodelle stecken kann. Sie handeln zuweilen irrational und instinktiv. Deshalb sollte ein guter Volkswirt am besten auch Psychologie studiert haben. Rasmus Helt, Hamburg

Zum Bericht „Schein und Sein“ über Oskar Lafontaine, FTD vom 14. September

Eingepreiste Kosten Mag sein, dass Deutschland zur Zeit erfolgreich exportiert. Ich frage mich: Wie lange noch – in Anbetracht der Tatsache, dass qualifizierte Arbeitskräfte in den exportstarken Branchen immer knapper werden? Und langfristig werden sie auch noch immer teurer werden. Die Zahl der Transferempfänger und damit die Belastung der Bruttoeheliche durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge wird in den nächsten Jahren weiter rapide ansteigen. Man kann getrost davon ausgehen, dass diese künftigen Kosten bei Investitionen in langfristige, kapitalintensive Arbeitsplätze bereits von den Personalplanern in die Löhne eingepreist werden. Armin Kuhn, Bonn

Zu unsachlich Das ganzseitige Lafontaine-Porträt entspricht so gar nicht dem sachlichen Anspruch, der die FTD auszeichnet. Es beschäftigt sich ausschließlich mit Lafontaines Charakter und mit Persönlichem, inhaltlich wird hingegen nur vage und am Rande etwas über ihn gesagt. Genau das hätte mich jedoch interessiert: Welche politischen Ziele und welche Vorstellungen hat dieser sagenumwobene Mann denn nun überhaupt? Dass er ein hinterhältiger und fieser Machtmensch ist, steht ja jeden Tag schon in der „Bild“. Vasco Nogueira, Dortmund

Gesunde Opposition Ich bin weder Mitglied der Linkspartei noch pflege ich eine Freundschaft mit Herrn Lafontaine. Ich finde aber die wirtschaftspolitischen Ziele, die er vertritt, nicht von vornherein schädlich, sondern verstehe sie als gesunde Opposition für ein Land, in dem die Meinungsvielfalt droht auszusterben. Thorsten Hild, Hamburg

Zum Bericht „Schlammschlacht um angebliches Sparpaket“, FTD vom 16. September

Streichliste, ja bitte! Als Bürger hoffe ich doch sehr, dass im Bundesfinanzministerium über Einsparungen nachgedacht wird. Das Aufstellen solcher Sparlisten ist die ureigene Aufgabe der Beamten dieses Ministeriums. Was in jenen „theoretischen“ Listen steht, ist eigentlich egal, da es zu ihrer Umsetzung allein darauf ankommt, ob der politische Wille dazu ausreicht. Thorsten Cmiel, Köln

LESERBRIEFE Die abgedruckten Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Zuschriften ohne vollständige Angabe des Absenders werden nicht veröffentlicht. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor. Bitte nutzen Sie folgende Adressen: leserbriefft@ftd.de; per Fax 040/31990-506 oder per Post: Brieffach 02, 20444 Hamburg, Kennwort: Leserbriefe



DAS ZITAT DES TAGES

„Wir machen Geschichte“

Hamid Karzai, afghanischer Präsident, zur ersten Parlamentswahl in seinem Land seit fast vier Jahrzehnten

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen

Financial Times Deutschland Verlag und Redaktion Hamburg Stubbenhöke 3, 20459 Hamburg Tel.: 040/31990-0 Fax: -310 Redaktion Frankfurt Nibelungenplatz 3 60318 Frankfurt/Main Tel.: 069/153097-0, Fax: -50 Redaktion Berlin Friedrichstraße 60, 10117 Berlin Tel.: 030/22074-0, Fax: -150 www.ftd.de E-Mail: leserservice@ftd.de ISSN 1615-4118 Herausgeber: Andrew Gowers Chefredakteur: Steffen Klusmann Stellvertretende Chefredakteure: Ulf Schlüter, Stefan Weigel Geschäftsführender Redakteur/ Chef vom Dienst: Ulf Schlüter, Isabelle Arnold (Stv.), Cosima Jäckel (Stv.) Art Direction: Mika Schiffer, Nils Werner Bildchef: Peter Raffelt Infografikchef: Andreas Mohrmann Seite 1: Andreas Thyssen Ressortleiter Unternehmen: Guido Warlimont (verantwortw.), Jörn Paterak (Stv.) Ressortleiter Politik & Wirtschaft: Margaret Heckel (verantwortw.), René Gribnitz (Stv.) Ressortleiter Finanzen: Sven Clausen (verantwortw.) Ressortleiter Agenda und Weekend: Dr. Nikolaus Förster (verantwortw.), Christian Baulig (Stv.), Tillmann Prüfer (Stv.) Ressortleiter Electronic Media: Kirsten Haake, Dr. Anton Notz (verantwortw.) Politischer Korrespondent: Peter Ehrlich Chefredaktion: Thomas Fricke Kolumnist: Lucas Zeise

Verantwortliche Redakteure im Sinne des Presserechts sind die vorstehend als solche genannten Redakteure für ihren Bereich, im Übrigen die Chefredaktion. Redaktionssitz des Ressorts Politik ist Berlin, des Ressorts Finanzen Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg. Industrie + Dienstleistungen: Claus Gorgs Informationstechnologie/ Medien: Matthias Lambrecht Deutsche Politik/ Wirtschaftspolitik: Claus Hulverscheidt Ausland: Olaf Gersmann EU-Politik: Thomas Klau Märkte und Finanzen: Tim Bartz Finanzdienstleister: Sven Clausen Das Kapital: Jörg Berens Agenda/Reportage/Weekend: Christian Baulig, Tillmann Prüfer Kommentar: Christian Schütte Leitort: Jan Lehnhaus Beilagen: Volker Bormann Übersetzungen: Matthias Schulz Verlag Financial Times Deutschland GmbH & Co KG Geschäftsführer: Christoph Rühl, Dr. Christoph Weger Anzeigenleiter: Mario Suchert (verantwortw.) Verlagsleiterin Editionen: Julia Erben Leiterin Marketing: Tanja Madsen Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Susanne Petersen Vertrieb Deutschland: Gruner+Jahr AG & Co KG Fachbereich Vertrieb Leitung: Kay Helmecke 20444 Hamburg

Vertrieb International: Deutscher Pressevertrieb GmbH, Postfach 101606, 20010 Hamburg, Tel.: 040/237110 Anzeigenabteilung: Tel.: 040/31990-278, Fax: -214 E-Mail: media@ftd.de Anzeigen-/Druckunterlagen-Schluss ein Werktag vor Erscheinen, 9 Uhr Abbestellung Deutschland und übriges Ausland: Financial Times Deutschland Kundenservice, Postfach 80 80, 37568 Einbeck Tel.: 01802/81 82 83*, Mo. bis Fr. 7 bis 20 Uhr, Fax: 01802/81 82 84* * € 0,06 pro Anruf bzw. Fax; www.ftd.de/abo, E-Mail: abo@ftd.de Abopreise Inland (inkl. MwSt.): € 33,50 pro Monat, € 390 pro Jahr, Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende gegen Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung: € 17 pro Monat, € 198 pro Jahr Abbestellung Österreich: Tel.: 0800/201144 (aus Österreich) Abbestellung Schweiz: Tel.: 0800/83 44 44 (aus der Schweiz) Abbestellung Luxemburg: Tel.: 499 888 308 (aus Luxemburg) Nachdruckrechte/Syndication: Tel.: (+49)-40-319 90 381 Er erscheint borsenttäglich montags bis freitags Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; G + J Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

Der Tag danach

Mit der Bundestagswahl wechselt zwar die Regierung, doch das Problem, an dem Gerhard Schröder gescheitert ist, bleibt: Der Föderalismus. Die Parteien müssen die Reform wagen **VON STEFAN COLLIGNON**

Woran ist die Regierung Schröder gescheitert? Am gleichen Problem wie die Vorgängerregierung Kohl: am Föderalismus. Die Verfassung des deutschen Staats ist nicht mehr zeitgemäß. Zerrissen zwischen deutscher und europäischer Vereinigung dankt eine Bundesregierung nach der anderen ab. Es wäre dringend, dringender noch als Wirtschaftsreformen, den Staat zu reformieren. Trotz allen verfassungsrechtlichen Finassierens, eines ist klar: Hätte die CDU nicht die Wahl in Nordrhein-Westfalen gewonnen und damit ihre Mehrheit im Bundesrat verfestigt, hätte Schröder kaum das Handtuch geworfen. Über die Länderkammer hatte auch Oskar Lafontaine seinerzeit den Giganten der Wiedervereinigung, Helmut Kohl, zerrieben. Dahinter steht eine strukturelle Veränderung der Verfassungsrealität. Seit der Großen Koalition Ende der 60er Jahre mit der Beteiligung der Landesregierungen an der Bundesgesetzgebung kontinuierlich ausgeweitet, zuletzt sogar bis in den Bereich der europäischen Gesetzgebung. Als Folge dessen sind die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten immer unkenntlicher für die Bürger, aber auch für die Politik. Wer steht für die Renten, die Gesundheitsreform gerade? Regierung oder Opposition? Die gewählten Bundesregierungen

sind handlungsfähig, solange sie in beiden Kammern die Mehrheit haben, sobald diese schrumpft, werden sie erpressbar. Dem Erpresser droht aber keine Strafe: Verteidigt er nicht wacker die Interessen seiner Landsleute? Aufgabe von Landesregierungen sollte es sein, regionale Angelegenheiten zu regeln; die Bundesregierung sollte die Interessen aller Deutschen im Auftrag der Wählermehrheit vertreten. Der deutsche kooperative Föderalismus verhindert dies jedoch, da die Länder „im Bund“ mitregieren. Der Schwanz wedelt mit dem Hund. Der deutsche Gesamtstaat wird von den Bürokratien des Bundes und der Länder getragen, aber die Bürger als demokratischer Souverän bleiben außen vor. Es gab einen guten Grund, warum diese Form des kooperativen Föderalismus in den 60er Jahren im Wesentlichen von Karl Schiller und Franz Josef Strauß eingeführt wurde. Er hieß keynesianische Finanzpolitik. Da der Staat mit seinen Ausgaben konjunkturpolitisch ein wichtiger Faktor war, erforderte eine aktive Stabilitäts- politik eine Koordinierung der Bundes- und Länderausgaben. Mit der Europäisierung der Wirtschaft, und insbesondere mit der Einführung des Euro, ist diese zentrale Stabilisierungsfunktion

jedoch auf die europäische Ebene übergegangen. Allerdings hat sich diese Einsicht noch nicht überall durchgesetzt. Alle Nationalstaaten tun so, als könnten sie auch in der Währungsunion Finanz- und Stabilisierungspolitik wie bisher betreiben. Hans Eichel hat es vorgemacht: Die Steuerreform im Jahr 2000 war mit den europäischen Partnern nicht abgestimmt, aber die Konsequenz – übermäßige Defizite – war verheerend für alle. Das Ergebnis waren hohe Staatsverschuldung und eine unflexible Geldpolitik mit der Folge hoher Arbeitslosigkeit. Die Antwort wäre eine klar definierte Stabilisierungspolitik durch eine europäische Regierung, aber das lassen die Mitgliedsländer nicht mit sich machen. Das deutsche Modell eines gescheiterten Föderalismus läuft Gefahr, nun nach Europa exportiert zu werden. Not tut eine neue und klarere Zuordnung von Aufgaben und Verantwortungsbereichen zu den jeweiligen Jurisdiktionen. Die war die eigentliche Aufgabe des verfassungsgebenden europäischen Konvents. Er ist gescheitert, da er das zentrale Problem nicht gelöst hat: die demokratische Verankerung von Gesetzgebung in letzter Instanz bei den Bürgern, nicht bei den Regierungen. Insofern ist das Scheitern der Verfassung in

Frankreich und den Niederlanden das Spiegelbild des Scheiterns der Regierung Schröder. Die latente Krise Europas ist eine Krise des Nationalstaats. Politik und Wissenschaft sind unfähig, die Rolle des Nationalstaats als Mittler zwischen Lokalinteressen und umfassendem Gesamtinteresse zu artikulieren. Seit Jahren verliert die deutsche Bundesregierung Macht und Zuständigkeiten an Europa und an die Bundesländer. Das ist anderswo in Europa, so in Frankreich, Italien, Spanien oder Großbritannien, nicht anders. Aber kaum einer denkt die damit verbundene Logik zu Ende: Europa braucht eine eigenständige Reibungs- und Nationalstaat muss auf nationaler Ebene handlungsfähig bleiben, und regionale Regierungen müssen sich auf die Durchführung lokaler Aufgaben konzentrieren. Diese Aufgabe zu lösen ist die historische Herausforderung für die neue Regierung. Den Staat zu reformieren, damit er wieder handlungsfähig wird, erfordert eine Verfassungsreform. Dazu sind eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und eine breite öffentliche Diskussion nötig. Für die Zukunft Deutschlands ist das viel wichtiger als der Steuertarif oder die Verteilungswirkungen einer Gesundheitsreform. **STEFAN COLLIGNON ist Professor an der London School of Economics und der Harvard University.**

Der kooperative Föderalismus ist ein Relikt der 60er Jahre

Freiheit und Verantwortung

Ein unbescheidener Vorschlag gegen die deutsche Depression



Von Christian Schütte

Und? Wie geht es uns jetzt? In Berlin ist das bis übermorgen an einem „Depressionsbarometer“ vor der Volksbühne abzulesen, einer drei Meter hohen Röhre mit Markierungsflüssigkeit, die das Ergebnis einer laufenden Internet-Umfrage anzeigt. In den vergangenen Monaten bewegte sich Deutschland laut diesem Indikator hart am Rande einer depressiven Verstimmung, nur leicht aufgeheitert durch den Bundesligastart, die Papst-Visite und, jawohl, die Aussicht auf die Bundestagswahl. Überraschend ist dieser Befund nicht. In den Kinos läuft gerade ein deutscher Dokumentarfilm mit dem Titel „Die große Depression“, alle Meinungsumfragen zeichnen ein stabiles Bild des Jammers: Laut einer Studie für das Magazin „Neon“ empfinden zwei Drittel der jungen Menschen die Stimmung hier zu Lande als niedergeschlagen. Die R+V-Versicherung, die seit 15 Jahren die Ängste der Deutschen vermisst, meldete kürzlich, dass inzwischen jeder Zweite „große Angst“ habe – ein neuer Rekordwert. Wenn Politik, auch und gerade Wirtschaftspolitik, zu einem guten Teil Psychologie ist, dann sind das denkbar schlechte Startbedingungen für die neue Bundesregierung.

Hilfslosigkeit macht Angst Hier deshalb ein unbescheidener Vorschlag, jenseits des (notwendigen) Streits um „Giftlisten“ und Mehrwertsteuerpunkte: Die neue Regierung sollte gar nicht erst versuchen, ihr verängstigtes Volk zu überzeugen, dass bald alles wieder sicher und bei der Politik in den besten Händen sein wird. Sie sollte stattdessen jede einzelne Maßnahme einfach danach beurteilen, ob sie den Bürgern ermöglicht, wieder mehr Einfluss auf ihr persönliches Geschick zu nehmen und dafür die Verantwortung zu tragen. Es spricht nämlich vieles dafür, dass Frustration, Angst und Niedergeschlagenheit nicht entstehen, weil ein Mensch in eine schwierige Lage gerät. Sondern vor allem dann, wenn er das Gefühl hat, keine Kontrolle mehr über sein Schicksal zu haben, wenn er sich selbst nur noch als hilflosen Spielball übermächtiger Kräfte erlebt – mögen diese nun Arbeitslosigkeit, Finanzamt oder demo-

grafischer Wandel heißen. Ob der Unternehmer an Bürokraten verzweifelt oder der Hartz-IV-Empfänger daran, dass er sich zum Bittsteller gestempelt sieht – in beiden Fällen geht es nicht nur um Geld. Sondern mindestens so sehr um Gängelung und Entmutigung. Es ist im Wahlkampf heftig darüber gestritten worden, welcher Umfang an staatlicher Intervention in Deutschland denn künftig noch wünschenswert und zu bezahlen ist. Sein oder Nichtsein des Sozialstaats stünden jetzt auf dem Spiel, räsonierte beispielsweise Joscha Fischer. Blättert man einmal nach, was Sozialwissenschaftler über den Zusammenhang zwischen persönlichem Glücksempfinden und staatlichen Sozialleistungen herausgefunden haben, dann erscheint diese ganze Aufregung reichlich übertrieben. Der Soziologe Ruut Veenhoven etwa, der an der Erasmus-Universität Rotterdam die zentrale Datenbank mit Umfragen zur Lebenszufriedenheit in aller Welt pflegt, kommt zu einem Ergebnis, das er zu Beginn seiner Forschungsarbeiten zunächst selbst nicht recht glauben konnte: „Das Leben in einem Staat, der sich zurückhält, ist genauso gut wie in einem Staat, der sich von der Wiege bis zur Bahre küm-

mert.“ Ob der Staat sich einmischen sollte oder nicht, sei letztlich „politische Geschmackssache“. Die glücklichsten Bürger der Welt leben laut Umfragen in Nordamerika, Skandinavien und Australien. 64 Prozent der Dänen, aber auch 58 Prozent der US-Amerikaner sind „sehr zufrieden“ mit ihrem Leben, fanden die Forscher von Harris Poll kürzlich heraus. In Deutschland äußerten sich gerade mal 21 Prozent so positiv.

Lieber im Auto als im Flugzeug Das psychologische Problem hier zu Lande ist offenkundig nicht, dass der Sozialstaat inzwischen zu klein oder auch zu groß geraten ist. Der eigentliche Grund für die selbstquälerische Unzufriedenheit könnte schlicht darin bestehen, dass die Deutschen ganz besonders wenig eigene Einflussmöglichkeiten sehen. Ein eindrucksvolles Indiz für diese These liefern Befragungen, die vom amerikanischen Pew Research Center weltweit durchgeführt worden sind. Die Forscher wollten unter anderem wissen, worauf die Menschen persönliche Lebenserfolge zurückführen. Wenig überraschend ist das Ergebnis in den USA: Nicht einmal jeder Dritte glaubt hier, dass der Erfolg von Kräften bestimmt wird, die er selbst nicht beeinflussen kann. Ähnlich selbstbewusst sind daneben nur noch die Kanadier. In Deutschland hingegen empfinden sich mehr als zwei Drittel der Befragten irgendwie als Opfer der Verhältnisse – Tendenz steigend. Höhere Werte wurden nur noch in der Türkei, Südkorea und Mali gemessen. Die Seelenverwandtschaft mit Südkorea zeigt, dass Geschichte eine Rolle spielen kann. Auf welcher Seite einer Mauer jemand im Kalten Krieg geboren wird, prägt Lebenschancen dramatisch – und ist vom Einzelnen kaum zu korrigieren. In Deutschland verliert diese Schicksalsmacht aber immer mehr an Kraft. Wie psychologisch wichtig das Gefühl ist, selbst Einfluss zu haben, ist aus dem Alltag längst bekannt. Die meisten Menschen fühlen sich zum Beispiel am Steuer ihres Autos sehr viel wohler und sicherer als im Sessel eines Flugzeugs – obwohl die objektive Unfallstatistik eher gegen das Auto spricht. Während der Autofahrer das Gefühl hat, auch in heiklen Situationen selbst handeln zu können, ist der Flugzeugpassagier vollständig abhängig und kann gerade noch seinen Drink selbst wählen. Kein Wunder, dass die Nerven da besonders schnell blank liegen, wenn es Turbulenzen gibt.

Kann man nichts machen?! Anteil der Befragten, die der folgenden Aussage zustimmen: „Erfolg im Leben wird vor allem von Kräften bestimmt, auf die wir keinen Einfluss haben“, in %

Türkei	76
Südkorea	75
Deutschland	68
Italien	66
China	58
Frankreich	54
Russland	52
Großbritannien	48
Japan	43
Kanada	35
USA	32

E-MAIL: schuette.christian@ftd.de

Christian Schütte ist Kommentarchef der FTD, er schreibt jeden zweiten Montag an dieser Stelle

FTD-Ur-Quelle: Pew Global Attitudes Project, 2003